Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M., für auswärts 0,40 R.-M. Die Reklamezeile im Anschluß an redaktionellen Text, 79 mm breit, kostet 2 R.-M., für auswärts 2,60 R.-M. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0,30 R.-M. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten ins Haus monatlich 2,25 R.-M. in der Tschecho-Slowakei monatlich 5 Kr. 15. Postbezug für dem Monat 2,25 RM. einschließlich 0,72 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,10 R.-M. Einzelnummer 10 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstr. 4 • Fernruf: für den Ortsverkehr Sammelnummer 24601, für den Fernverkehr 14194, 20024, 27981—27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Postscheck: Dresden 2060

Nr. 4 × Dienstag, 6. Januar 1931 39. Jahrgang

Das Reich greift in den Ruhrkonflikt ein

Politische Vorbereitung der neuen Schlichtungsverhandlungen — Einigung auf Lohnverminderung um 6 Prozent?

Besprechungen Stegerwalds in Dortmund

Ruhige Beurteilung der Lage in Berlin

B. Berlin, 5. Januar. (Eig. Drahtbericht)

Professor Brahn, der ursprünglich erst am kommenden Dienstag zur Berichterstattung über den Konflikt im Ruhrgebiet nach Berlin kommen sollte, ist bereits gestern hier eingetroffen und hat im Laufe des Sonntagnachmittag eine eingehende Aussprache mit dem Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald gehabt. Im Anschluß daran hatte Dr. Stegerwald noch eine längere Unterredung mit dem Reichskanzler kurz vor dessen Abreise nach dem Osten. Am heutigen Montagvormittag ist Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald in das Ruhrgebiet abgereist, um auch an Ort und Stelle vor dem Beginn der Schlichtungsverhandlungen, die am 7. Januar unter dem Vorsitz des zuständigen Schlichters in Essen wiederaufgenommen werden, mit den Parteien Fühlung zu nehmen.

Wie wir weiter hören, findet heute 15 Uhr in Dortmund eine Besprechung zwischen Stegerwald und den führenden Persönlichkeiten der Bergarbeiterschaften statt. Einige Persönlichkeiten der Arbeitgeber sind zu Besprechungen mit dem Minister auf 18 Uhr ebenfalls nach Dortmund geladen worden.

Der Schlichter, Professor Dr. Brahn, hat die am Lohnkonflikt im Ruhrbergbau beteiligten beiden Parteien für kommenden Mittwoch vormittags ½11 Uhr nach Essen zu Schlichtungsverhandlungen eingeladen. Wie die Reise Stegerwalds zeigt, gedenkt das Reichskabinett also scheinbar doch noch vor den für den 7. Januar anberaumten neuen Verhandlungen in den Konflikt einzugreifen. Bekanntlich wird bei den kommenden Besprechungen auch die Frage der Reichszuschüsse zur Knappschaftsversicherung eine bedeutsame Rolle spielen. Würden, wie eigentlich beabsichtigt, diese Reichszuschüsse eingestellt werden, müßte die Knappschaftskasse ihre Beiträge erhöhen, was einer zusätzlichen Lohnverminderung gleichkäme. Die unmittelbare Senkung der Tariflöhne dürfte, wie man in unterrichteten Kreisen jetzt annimmt, nur etwa 6 Prozent betragen. Es heißt, daß der Reichsarbeitsminister sich schon in seiner Freiburger Aussprache mit dem Kanzler und dem Reichsfinanzminister in diesem Sinne geäußert habe.

Die Situation ist insofern schwierig, als auf der einen Seite die Gewerkschaften von weitergehenden Zugeständnissen offenbar ein Anwachsen der radikalen Richtung befürchten, während anderseits auch die Kündigungen die Kompromißmöglichkeiten erschwert haben. Es wird nun die Aufgabe des Arbeitsministers sein, durch Besprechungen mit beiden Parteien den harten Boden aufzulockern, damit am Mittwoch ein Mehrheitsschiedsspruch zustande kommt, den er verbindlich erklären kann. Wenn die recht schwierige Aktion Dr. Stegerwalds Erfolg hat, so würde nach Auffassung Berliner Kreise das Ruhrgebiet sehr bald wieder zu Ruhe kommen.

Nach den uns vorliegenden Meldungen beurteilt man in Berlin sowohl in Regierungs- wie in Gewerkschaftskreisen die Situation verhältnismäßig ruhig. Man weist darauf hin, daß die Mehrheit der Arbeiterschaft durchaus besonnen ist und daß die bisher bekanntgewordenen Ausschreitungen sich im wesentlichen auf den linksrheinischen und den nördlichen Teil des Ruhrgebiets beschränken. Diese Gebiete sind bei solchen Anlässen erfahrungsgemäß immer besonders unruhig gewesen, da sie Hochburgen des Radikalismus darstellen. In gewerkschaftlichen Kreisen hatte man im übrigen das radikale Vorgehen der Kommunisten im Ruhrgebiet auch erwartet, da es klar war, daß die schwere Schlappe, die sie im Berliner Metallkampf erlitten hatten, durch verstärkte Organisation wieder wettzumachen versuchten.

Diese Berliner Auffassung wird durch die Entwicklung der Streiklage am Sonntag bisher bestätigt. Während im östlichen und südlichen Ruhrgebiet die Zahl der Streikenden langsam zurückgeht, hat sich die Situation auf den linksrheinischen Zechen weiter verschärft, mit Ausnahme der Rheinpreußen-Schächte, wo fast die ganze Belegschaft am Sonntag abend zur Nachtschicht eingefahren ist. Auf fast allen andern Schächten aber war die Zahl der Streikenden größer.

In verschiedenen Orten kam es zu Zusammenstößen, so vor allem in Lintfort. Als dort die Verhaftung eines kommunistischen Betriebsratsmitgliedes und andrer Rädelsführer bekanntgeworden war, zogen etwa zweitausend Mann vor die Polizeiwache, um die Freilassung der Verhafteten zu erzwingen. Die Polizei wurde beschossen und mußte nun auch ihrerseits von der Schußwaffe Gebrauch machen. Dabei erhielt ein 17jähriger Arbeiter einen Brustschuß, an dessen Folgen er starb. Drei andre Bergleute wurden schwer verletzt. In Neunkirchen wurden am Sonnabend abend beim Schichtwechsel Arbeitswillige und Polizisten von den Streikenden beschossen.

Im Bezirk Recklinghausen versuchte man, die Zeche „Schlegel und Eisen" in Langenbochum zu stürmen. Besonders stark wirkten sich die kommunistischen Maßnahmen in Marl aus. Dort wurde eine Polizeistreife in einer Zechenkolonie aus den Häusern, Kellern und sonstigen Schlupfwinkeln mit Feuer überschüttet. Die Angreifer hatten vorher sämtliche Laternen an den Straßen zertrümmert, so daß es den Polizeibeamten schwer war, sich durchzusetzen und die Ruhe wiederherzustellen.

Die Leitung des wilden Streiks liegt in den Händen der sogenannten RGO. (Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition), die am Sonntag vormittag im Schützenhof zu Bochum eine Tagung abhielt. Auf dieser Tagung wurde offen erklärt, daß der Kampf um die Vernichtung der Gewerkschaftsbewegung gehe, um die Errichtung eines neuen „Roten Einheitsverbandes der Bergarbeiter" und um die Verwirklichung der politischen Ziele der Kommunistischen Partei und der Dritten Internationale. Es wurde angekündigt, in den nächsten Tagen die Straßenbahner, Schiffer, Hafen-, Eisenbahn-, Gemeinde- und Metallarbeiter mit in die Bewegung hineinzuziehen, und es zu einem Generalstreik kommen zu lassen. Demgegenüber suchen die alten Gewerkschaften mit allen Mitteln beruhigend einzuwirken, um die am Mittwoch beginnenden neuen Schlichtungsverhandlungen nicht von vornherein zu gefährden.

•

Keine Verschärfung am Montag

× Essen, 5. Januar. (Durch Funkspruch)

Die am gestrigen Sonntag auf der Bochumer Konferenz der R. G. O. (Revolutionäre Gewerkschafts-opposition) für heute angekündigte Verschärfung des Streiks ist nach den bisher vorliegenden Meldungen nach nicht eingetreten. Aus dem Hamborner und Recklinghäuser Bezirk wird vielmehr ein Abflauen des Streiks gemeldet. Auf Schacht Wilhelm der Zeche Pluto in Wanne-Eickel wurde gestern ein Förderkorb in den Schacht gestürzt. Mit diesem Sabotageakt will man anscheinend versuchen, die noch nicht am Streik beteiligte Belegschaft der Zeche Pluto zur Arbeitsniederlegung zu zwingen. Im übrigen hat die Polizei im Bezirk Recklinghausen im Hinblick auf die gestrigen Beschlüsse der R. G. O. alle Vorkehrungen getroffen, um die arbeitswilligen Bergleute vor Belästigungen zu schützen. Zusammen mit der Kriminalpolizei ist ein besonderer Streifendienst organisiert. Die gesamte Polizei befindet sich in erhöhter Alarmbereitschaft, und Schnellwagen fahren durch die Straßen, um sofort eingreifen zu können. Diese Maßnahmen, zusammen mit dem Umzugsverbot und Versammlungsverbot des Recklinghäuser Polizeipräsidenten, haben bewirkt, daß die Tätigkeit der Mitglieder der R. G. O. eine starke Einschränkung erfahren hat, die sich dann auch im günstigen Sinne auswirkte.

•

Der Sabotageakt auf der Zeche „Pluto"

× Essen, 5. Januar. (Durch Funkspruch)

Zu dem Absturz eines Förderwagens auf der Zeche „Pluto" in Wanne-Eickel wird uns noch ergänzend mitgeteilt, daß nicht ein, sondern drei Förderwagen in den Schacht gestürzt worden sind. Gestern wurden auf der Steinhalde der Zeche einige Gestalten mit geschwärzten Gesichtern beobachtet, die allem Anschein nach die Tat ausgeführt haben. Durch den Absturz der Wagen ist die Förderung auf beiden Schächten der Zeche unterbrochen, da es sich bei dem durch den Sabotageakt betroffenen Schacht um die Förderanlage für beide Schächte handelt. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, wird die Belegschaft bis zum Freitag mit der Arbeit aussetzen müssen.

•

Ueberfall auf arbeitswillige Bergleute

Ein Toter und drei Verletzte

× Dortmund, 4. Januar

Zu Zusammenstößen zwischen kommunistischen Streikenden und Arbeitswilligen kam es gestern abend in dem Vorort Mengede. Nachdem bereits in den Nachmittagsstunden die Stimmung durch eine Versammlung, die die Kommunisten abgehalten hatten, ziemlich erregt worden und es zu Einzeldemonstrationen gekommen war, erfolgte abends bei Einfahrt der Nachtschicht ein schwerer Zusammenstoß. Als sich die Arbeitswilligen zur Zeche Hansemann begaben, wurden sie aus dem Hinterhalt zwischen den Kolonie-häusern durch Kommunisten überfallen und beschossen. Von zwei Söhnen, die ihren 60jährigen Vater als Schutz zur Zeche begleiteten, wurde einer durch einen Pistolenschuß getötet, der andre erlitt

Beginn der Ostmarkenfahrt

Ankunft des Reichskanzlers in Lauenburg

× Lauenburg (Pommern), 5. Januar. (Durch Funkspruch.) **Der Reichskanzler ist auf seiner Fahrt in die deutschen Ostgebiete heute früh hier eingetroffen und wurde am Bahnhof vom Oberpräsidenten der Provinz Pommern, v. Halfern, dem Präsidenten des Landesfinanzamtes Stettin, Ueberschaer, dem Kommandeur des 2. Wehrkreises, Schniewindt, und andern Vertretern der Provinz Pommern begrüßt. Der Reichskanzler begab sich darauf in das Landratsamt des Kreises Lauenburg, wo Oberpräsident v. Halfern in einer kurzen Ansprache einen Ueberblick über die Lage der Provinz Pommern gab und anschließend Landrat Kretzmann die schwierigen Verhältnisse des Kreises Lauenburg und des pommerschen Grenzgebiets überhaupt darlegte. Die Notlage wurde durch mehrere Vorträge über einzelne Gebiete des pommerschen Wirtschaftslebens erläutert.**

•

Eine Erklärung Dr. Brünings

WTB. Berlin, 4. Januar. (Amtlich)

Reichskanzler Dr. Brüning ließ bei Beginn seiner Ostmarkenfahrt folgende Erklärung verbreiten:

„Die Botschaft des Herrn Reichspräsidenten vom 13. März 1930 bezeichnete als wesentliche Aufgaben der Reichsregierung die Hilfe für die Landwirtschaft und für die hartbedrängten Gebiete an den Ostgrenzen des Reiches. Die neue Reichsregierung hat sich bemüht, ihr im Rahmen des Möglichen gerecht zu werden. Die Maßnahmen, die bisher für Ostpreußen getroffen waren, sollten durch ein umfassendes Osthilfegesetz auf die andern notleidenden Gebiete an den Ostgrenzen ausgedehnt, sie sollten erweitert und organisch gestaltet werden. Leider wurde durch die Auflösung des Reichstags der Erlaß des umfassenden Osthilfegesetzes unmöglich gemacht. Nur die nötigsten und dringendsten Aufgaben konnten durch Notverordnungen des Herrn Reichspräsidenten in Gang gesetzt werden.

So ist es zu verstehen, daß die Erwartungen, die sich für die Bevölkerung an die Osthilfe knüpften, noch nicht so weit befriedigt werden konnten, wie es der Wille der Reichsregierung war und ist.

Der Wille, dort zu helfen, wo die Not am größten ist, ist der Grund für die Bereisung der Ostgrenze durch Mitglieder der Reichsregierung, Vertreter der preußischen Staatsregierung, den Reichsbankpräsidenten und den Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft. Trotz der knapp bemessenen Zeit soll versucht werden, möglichst mit allen Bevölkerungskreisen in Berührung zu treten, möglichst alle Wünsche und Ausführungen entgegenzunehmen und so ein umfassendes Gesamtbild der Lage und der Not zu gewinnen. Die Reise soll ein äußeres Zeichen dafür sein, daß der starke Wille der Selbsterhaltung und der Staatsbejahung, der Liebe zur eigenen Scholle und zum Vaterland, der in der Bevölkerung der Ostgebiete lebt, einig ist und gleichgerichtet mit dem Willen der Reichsregierung und des Herrn Reichspräsidenten, die nach wie vor bereit sind, die letzten Kräfte einzusetzen für Deutschlands Osten."

(Vgl. auch den Artikel auf Seite 8)

Oberschlesische Einheitsfront vor dem Völkerbundsrat

* Gleiwitz, 5. Januar

Oberschlesiens Verbände haben sich mit einem Protestschreiben, verfaßt in deutscher, englischer und französischer Sprache,

an die Delegierten im Völkerbundsrat

gewandt. In dem Schreiben heißt es u. a.: „Anläßlich einer gewaltigen Kundgebung unter Teilnahme der gesamten Bevölkerung der Stadt Gleiwitz erheben die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier und die ihm angeschlossenen Verbände mit über 30 000 Mitgliedern

schärfsten Protest gegen den blutigen Terror,

unter dem die deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien leidet. Wir tun dies zugleich im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Vereine mit 100 000 Mitgliedern, des Deutschen Evangelischen Volksbundes, der in Oberschlesien 25 000 Mitglieder umfaßt, des Bundes der Vereine Arbeiterbildung und sämtlicher politischer Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten. Wir klagen den Völkerbund an, daß er trotz aller wiederholten Warnungen und Vorstellungen unserseits seine Verpflichtungen gegenüber der deutschen Minderheit nicht erfüllt hat. Seit Jahren haben wir den Völkerbund auf die Tatsache aufmerksam gemacht, daß in polnischen amtlichen Stellen systematisch zu einem neuen Aufstand oder zum Kriege gehetzt wird. In den letzten Wochen finden fast täglich Angriffsübungen der Insurgenten gegen die deutsche Grenze statt, wobei Behördenvertreter anwesend sind.

Auf unsre SOS-Rufe erhielten wir vom Völkerbund keine Antwort.

Wir wenden uns in höchster Not und Besorgnis daher an die Delegierten der einzelnen Staaten und gestatten uns, auf die letzten Vorgänge noch einmal aufmerksam zu machen. Bei den letzten polnischen Wahlen wurde die deutsche Minderheit so ungeheuerlich terrorisiert, daß von einem Wahlrecht überhaupt nicht mehr gesprochen werden kann,

und 108 000 Deutsche in Ostoberschlesien der Wahlurne ferngeblieben

sind. Die polnische Regierung will an der Grenze Zustände schaffen, die eine Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung verhindern. Zehn Jahre sind seit der Abstimmung verflossen. Zehn Jahre haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß der Beschluß der Botschafterkonferenz nicht dem Abstimmungsergebnis entspricht und daß er eine ständige Gefahrenquelle für den europäischen Frieden bildet. Wir bitten daher Euer Hochwohlgeboren, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß diese Gefahrenquelle durch eine Revision des Genfer Abkommens beseitigt werde.